

Inhaltsübersicht des Antrags der SPD-Fraktion Berlin „Taxigewerbe in Berlin sichern – geltendes Recht konsequent umsetzen“

Die SPD-Fraktion hat am 20. Februar 2024 einen Antrag beschlossen, in dem der Senat aufgefordert wird, das Taxigewerbe in Berlin langfristig sichern. In dem Antrag steht:

„Um den Versorgungsauftrag des Berliner Taxigewerbes und seine Existenz und Funktionsfähigkeit als Teil der Daseinsfürsorge zu sichern und um dem irregulären Verdrängungswettbewerb durch plattformvermittelte Mietwagen entgegenzutreten, wird der Senat aufgefordert, folgende Maßnahmen umzusetzen.“

Es handelt sich um insgesamt 16 Maßnahmen in 4 Bereichen, über deren Umsetzung der Senat dem Abgeordnetenhaus bis Ende 2024 berichten soll. Diese Maßnahmen sind:

1. Stärkung des LABO

- Personalzuwachs
- Analyse der bisherigen Organisations- und Arbeitsstruktur des LABO und Erarbeitung und Umsetzung konkreter Maßnahmen in einer übergreifenden Task-Force (zuständige Senatsverwaltungen, Taxigewerbe, IHK, Zoll...)

2. Umgang mit Konzessionen und Genehmigungen

- Betriebswirtschaftliche Prüfung des Geschäftsmodells vor Vergabe
- Nachweis über Abmeldung aller Fahrer/Fahrzeug-Accounts bei Genehmigungsaufgabe oder -weitergabe
- Widerruf von Genehmigungen bei schwerwiegenden Verstößen

3. Überwachung von Anbietern

- Erstellung eines Überwachungsplans für strukturierte Kontrollen durch LABO und SenMVKU
- Kontrollen mittels Verbundeinsätzen (LABO, Polizei, Zoll) umsetzen
- Gezielte Kontrolle zur Aufdeckung von Schwarzarbeit
- Prüfung der Mehrwertsteuer-Abführung
- Weitergabe von Erkenntnissen an Finanzkontrolle Schwarzarbeit
- Überwachung der Rückkehrpflicht durch Fahrtenaufzeichnungen
- Verpflichtung zur Installation von Wegstreckenzählern und Widerruf/Auslaufen von Ausnahmegenehmigungen

4. Unterstützung des Taxiwesens

- Mindestbeförderungsentgelt für den Mietwagenverkehr
- Förderung bei der Umstellung der Taxiflotte auf emissionsfreie Antriebe
- Verstetigung des Projekts „Inklusionstaxi“
- Beteiligung des Taxigewerbes bei der Erschließung von Gebieten mit schlechter ÖPNV-Anbindung

Auszug aus der Begründung des Antrags:

Bisher kommt Referat IV D des LABO seinen Pflichten im Hinblick auf die Kontrolle und Prüfung des Taxi- und Mietwagengewerbes inhaltlich und personell nicht bzw. nicht in ausreichendem Maße nach. Es ist daher unbedingt erforderlich, dass dieser Bereich personell gestärkt und die erforderliche fachliche Expertise vermittelt wird. Die nötigen Prüfungen im Konzessionsverfahren sollen deshalb künftig tiefer reichen als das reine Prüfen des Vorliegens eingereichter Bescheinigungen und müssen um eine betriebswirtschaftliche Prüfung des Geschäftsmodells erweitert werden. Die Überprüfung handelnder Personen (Unternehmer, Geschäftsführung und Betriebsleitung) soll künftig verhindern, dass zuvor einschlägig negativ in Erscheinung getretene Personen weiterhin im Markt agieren können. Die künftig verpflichtende Erbringung eines Nachweises über die Aufgabe oder Weitergabe einer erteilten Genehmigung soll zuverlässig verhindern, dass abgelaufene und gelöschte Genehmigungen weiterverwendet werden. Mit einer zu schaffenden Kontrolleinheit aus Polizei Berlin, Hauptzollamt und zuständiger Landesbehörde sollen – insbesondere in den Nachtstunden – Schwerpunktkontrollen zur Einhaltung der bestehenden und neuen Regelungen im Sinne dieses Antrags sowie zur Verhinderung von Schwarzarbeit durchgeführt werden. Dazu zählt insbesondere der Abgleich zwischen der gemeldeten und tatsächlichen Arbeitszeit in der gewerblichen Personenbeförderung. Bei schwerwiegenden Verstößen soll künftig stärker als bisher der Entzug von Genehmigungen durchgesetzt werden. Um die Maßnahmen konkret und zielsicher zu erarbeiten, wird eine Task-Force eingerichtet, in der Vertreter der Senatsverwaltungen Wirtschaft, Energie und Betriebe, Inneres und Sport, Integration, Arbeit und Soziales, Finanzen, des Taxigewerbes, der IHK Berlin, des Hauptzollamtes (FKS) sowie Vertreter der Koalitionsfraktionen im Abgeordnetenhaus mitwirken sollen und welche eine externe juristische und fachliche Expertise heranziehen soll.